

**1. Mai 2017**

### **DGB Treuchtlingen**

Zur Einigkeit rief Ursula Engelen-Kefer, ehemalige Stellvertretende Vorsitzende des DGB, die Gewerkschaften in Ihrer Rede auf. „Das Motto dieses 1. Mai -Wir sind viele. Wir sind eins- ist heute und in Zukunft mindestens so wichtig, wie bei der Gründung des Bayrischen Gewerkschaftsbundes (BGB) vor 70 Jahren“. Ebenfalls beschwor sie das Prinzip der Einheitsgewerkschaft bei der Gründung des BGB und entsprechend auch des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zwei Jahre später. Dies bedeutet Unabhängigkeit von politischen Parteien, aber nicht politische Enthaltbarkeit. Damit wurden die bitteren Lehren aus der Spaltung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik sowie ihrer Zerschlagung und dem hohen Blutzoll im Nationalsozialismus gezogen.

Beides- politische Unabhängigkeit und Einigkeit- sind für die Gewerkschaftsbewegung bei den wachsenden Bedrohungen von Frieden, Demokratie und Sozialstaat unabdingbar : Seien es die Spaltung in unserer Gesellschaft mit einer weiteren Konzentration von Vermögen und Reichtum einerseits sowie Niedriglöhnen, Armut bei Arbeit und im Alter sowie bei öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur andererseits; die Aushöhlung von Tarifpolitik, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung; die Einschränkungen der solidarischen Sozialversicherungssysteme sowie gravierende Defizite bei Bildung und Ausbildung. Verschärft werden diese sozialen Probleme durch die unbewältigte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und den Zuwanderungen der Flüchtlinge aus vollständig anderen Sprach- und Kulturkreisen.

**Engelen-Kefer mahnte eindringlich davor, den Hetz-Kampagnen nicht auf den Leim zu gehen, eine Personengruppen gegen eine andere auszuspielen, seien es Jüngere gegen Ältere, oder Menschen ohne und mit Migrationshintergrund sowie Flüchtlinge.**

Die Gewerkschaften dürfen die Augen nicht vor den gewaltigen politischen Turbulenzen verschließen. Dabei geht es vor allem um Kriegshandlungen in immer mehr weltweiten Krisengebieten; die Zerstörung demokratischer Strukturen durch diktatorische Veränderungen, vor allem in der Türkei; aber auch die Gefährdung der Europäischen Integration durch die Finanzkrisen mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen auf die Menschen in den Krisenländern; eklatante Verletzung von Menschenrechten, insbesondere in Ungarn und Polen, und nicht zuletzt den Austritt Großbritanniens (Brexit). Auch in der Bundesrepublik nehmen rechtsradikale Tendenzen in Gesellschaft und Politik zu, was sich nicht zuletzt in dem Zulauf für die Partei „Alternative für Deutschland“ (AFD) ausdrückt. „Diese Partei ist keinesfalls eine Alternative in der Politik, sondern eine rechtsradikale Gefahr“ so Engelen-Kefer.

**Engelen-Kefer mahnte wirksame Gegenkonzepte der Gewerkschaften an: „Die Erhaltung und Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates sind die beste Gegenwehr gegen eine weitere Spaltung der Gesellschaft und damit auch gegen die Rechtstendenzen in Gesellschaft und Politik.**

Dazu müssen die Eckpfeiler des Sozialstaates wiederhergestellt und zukunftsfähig gemacht werden. Unabdingbar sind vor allem: eine existenzsichernde Rente, eine funktionsfähige Arbeitslosenversicherung; die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes und die Gewährleistung seiner Durchsetzung; die Beschränkung befristeter Arbeit auf einen sachlichen Grund; die Umwandlung der Minijobs in reguläre Teilzeit und Vollzeitarbeit; die Bekämpfung der Aushöhlung von Tarifautonomie, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung; und nicht zuletzt auch eine sozial gerechte Steuerpolitik.

**„Knapp vier Monate vor den nächsten Bundestagswahlen kann ich von hier aus nur die dringende Empfehlung aussprechen: Nehmt Euer Wahlrecht nach gewissenhafter Prüfung der Wahlprogramme wahr und überlasst die politischen Weichenstellungen nicht den Radikalen. „so der abschließende Appell.**